

Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenten entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Dampflag 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Kant. Weber, G. m. b. H., Bernauerstr. für Politik u. Wirtschaft Kurt Wollenbügel, für den letzten Teil u. St. W. Wollenbügel, für Reklame u. Inserate Carl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Spaltenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Beilagspreis 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abhängend ist bei der Festlegung vorliegende letzte Rate. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Str. 2313), Postfach 4626. Abgabestelle Wernigerode, Postfach 4626 und Wollschuchhandlung (Seitengasse) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 140

Freitag, den 19. Juni 1931

6. Jahrgang

Trübe Aussichten.

Reichsarbeitsminister Stegerwald vor seinen Proletariern.

Der Reichsarbeitsminister hielt am Donnerstag auf einer Tagung der Berliner Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über den

Kampf um die Notverordnung.

Das deutsche Volk stehe — so führte Stegerwald aus — gegenwärtig vor folgender Wahl: Sollte jetzt die Regierung ihm für einige Jahre harte Opfer auferlegen, dafür aber die Grundlagen des demokratischen Staates über die größte deutsche Krise hinwegretten, oder aber solle der Staat eine Regimentskassette überantworren werden, die dem Volk noch höhere Opfer auferlege, um mit den fragwürdigen Experimenten für Jahrzehnte Woll und Stahl wieder in dieselbe Gefahr zu bringen, die durch den Weltkrieg von 1914 geschaffen worden sei?

Das sei die wahre Lage. Alles andere sei Bierpflückerum. Man könne gegenwärtig den sozialistischen Menschen der Welt zum Reichsarbeitsminister machen, oder auch er könne auf dem Schutthaufen von 1931 ebenso wenig eine geordnete und befriedigende Sozialpolitik machen, wie man auf einem Müllhaufen ein künstlerisches Ballett aufzuführen könne.

In den nächsten Monaten und im nächsten Winter stehe die Arbeiterfrage vor der Frage: Soll die Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden? Eine Reihe von Beschäftigten liefern sich nicht in die Form einer Arbeitslosenversicherung pressen. Gegenüber dieser Lauffrage siehe man vor

drei Möglichkeiten:

Entweder würden die für die Arbeitslosenversicherung ungeeigneten Beschäftigten in der Arbeitslosenversicherung anders behandelt wie die übrigen Berufe und Gewerbe, oder sie müßten aus der eigentlichen Arbeitslosenversicherung auscheiden oder man beziehe die Arbeitslosenversicherung allgemein und führe für alle beschäftigten Arbeiter die Arbeitslosenversicherung, praktisch die veredelte Armenpflege, ein. Das sei die klare Sachlage. Und wer diese Dinge im Zeitalter der größten Krise eines Jahrhunderts nicht sehr, betreibe Illusionspolitik.

Die Sache mit der Volkspartei.

Große Worte und nichts dahinter.

Der Parteivorstand und die Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, die am Donnerstag in Berlin zu einer Besprechung der politisch-parlamentarischen Lage zusammengetreten waren, nahmen eine Entschloßung an, in der es heißt, daß „der Kampf weiter geht“. Am Ziel wäre und bleibe die Partei völlig einig. Dieses Ziel sei in den bindenden Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichstangler ungenügend vorgezeichnet. Und diese Abmachungen müßten in kürzester Frist durchgehört werden.

Wescher Art diese Abmachungen sind, dürfen die Herren der Volkspartei selbst nicht wissen. Ihre Entschloßung ist so im wesentlichen als ein Mandat gegenüber ihrer von Tag zu Tag mehr zusammenstürzenden Wählererschaft zu betrachten.

Brüning demantiert.

In den letzten Tagen ist in der Presse immer wieder behauptet worden, daß der Reichstangler dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey in einer Unterredung u. a. eine Lockerung des Schlichtungsplans in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber wird der „Soz. Pressebüro“ auf Anfrage in der Reichstangler von zuständiger Seite ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt, daß eine derartige Zusage nicht gemacht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Oder ist dieses die Konzeption?

Am Sonnabend hält die Reichsregierung eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Thema: Personalveränderungen verzeichnet liegt.

Was ist los? Auch fällt sich die Regierung über ihre Pläne in Schwanken. Aber sicher ist, daß man mit den Veränderungen an Finanzministerien beginnen will. Zunächst soll, wie wir zuverlässig erfahren, Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Steuerabteilung des Ministeriums Dr. Jarden genannt. Schäffer soll mit einer Sondermission betraut werden. Von Dr. Jarden, der der Deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schwerindustrie gilt, weiß man, daß er seit langem auf einen höheren Reichsposten in der Finanzpolitik hinzielt. Vor ihn geht die Bestimmung der Reichssteuerabteilungen und die diesmal besonders unzulässig gestaffelte Kürzung der Beamtengehälter zurück. Man setzt ihm auch nach, daß seine guten Beziehungen zur Schwerindustrie ihm immer wieder die Erwägung nahelegen, ob es nicht möglich sei, die vor vorhandene steuerliche Belastung der Großbetriebe durch den Erlaß von Steuern weitgehend zu mildern.

Darf man fragen, ob diese Personalveränderung etwa als Anfang der von der Volkspartei geforderten Umbildung des Kabinetts zu betrachten ist?

Zur Finanzlage.

Stegerwald teilt dann noch mit, daß der

Devisenabzug von rund 1 Milliarde während der Krise der letzten Tage die Kündigung von Krediten an die private Wirtschaft in Höhe von

etwa 2,5 bis 3 Milliarden zur Folge gehabt

habe. Das bedeute zwar keine Währungsgefährdung, aber eine Kreditkürzung großen Stils und damit eine Verengung der Wirtschaft in kurzer Zeit. Schon seit März habe festgestanden, daß das Reich für Juni ein

Fortschreitendes Kredit von 250 Millionen Markt

bedürfen würde. Dieses Kreditabkommen sei am Donnerstag, den 11. Juni, zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsbank und Privatbanken abgeschlossen worden. Wenige Stunden danach aber habe die Deutsche Volkspartei die Einbringung des Reichstages beschlossen. Dieser Beschluß habe bemerkt, daß allein am nächsten Tage über 200 Millionen Markt Devisen abgezogen worden seien. Daraufhin hätten die Banken erklärt, daß sie nicht mehr imstande seien, die Vereinbarung zum vorausgegangenen Abend einzuhalten, weil sie nicht mehr den in Aussicht gestellten Betrag aufzubringen vermöchten.

Nach der eingetretenen Verhütung ist der anfänglich zugelaute, inwieweit aber von den Banken ausgehende Kredit am Donnerstag

erhöhtlich zurückgegangen. Die Verhandlungen über die Einbringung eines Kredites von 250 Millionen Reichsmark an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Refinanzierungsakt, dessen Abwicklung durch die normalen Einnahmen sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Einnahmen und Eingänge sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredites erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung über der jeweilige Reichsbankzinsstand im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.

Fortsetzung von Chequers.

Macdonald und Henderson kommen in drei Wochen nach Berlin.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der engl. Außenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin englisch angenommen. Sie treffen am 17. Juli in Berlin ein und werden bis zum 19. Juli in der Reichspalast verbleiben. Vorausgesetzt begeben sich Macdonald und Henderson dann zum Internationalen Sozialistenkongress nach Wien.

Der Besuch der beiden englischen Staatsmänner, die in Deutschland ebenso freundschaftlich und herzlich empfangen werden, wie der deutsche Reichstangler und der deutsche Außenminister in England in Empfang genommen wurden, hat hohe politische Bedeutung. Es ist weit mehr als ein Höflichkeitbesuch, als der er nach außen erscheint. In Berlin werden die in Chequers begonnenen Beratungen über die Weltkrise und das Reparationsproblem fortgesetzt, und wenn auch nicht abgeschlossen, so doch einer gewissen Klärung entgegengeführt werden, die für den Verlauf der drei Tage später beginnenden Erörterungen der Reichsregierung mit maßgebenden Herren der amerikanischen Regierung eine ziemlich Bedeutung haben dürfte.

Als Sozialdemokraten erfüllt es uns mit besonderer Freude, daß Mitglieder der englischen Arbeiterregierung Deutschland in seiner Not zuerst die Hand zur Abwehr der Wirtschaftskrise gereicht haben und weiterhin gemeinsam mit uns bemüht sein wollen, uns im Rahmen des Möglichen Hilfe angedeihen zu lassen. Zwar ist das Reparationsproblem noch nicht aufgelöst, aber daß es schon in absehbarer Zeit aufgelöst werden wird, sieht heute außer jedem Zweifel.

Stahlhelm im Auslande.

Nationalistischer Landesverrat.

Amsterd., 18. Juni. (Eig. Drahtb.) In der südholländischen Stadt Breda haben nach einer Werbung des sozialistischen „Het Volk“ in letzter Zeit wiederholt Stahlhelmsammlungen stattgefunden. Am 16. Mai habe dort Orak von Hoensbroeck gegen das Young-Abkommen gesprochen und erklärt, daß der Stahlhelm alle im Weltkrieg verloren gegangenen Gebiete mit der Waffe zurückzubekommen wolle. Besucher der Versammlung, die sich teilweise verhalten hätten, seien mit Ohreigen bedroht worden. Ein weiterer Aufmarsch des Stahlhelms sei für den 12. Juli in Aussicht genommen.

„Het Volk“ fordert die holländische Regierung auf, das verbrecherische Treiben deutscher Kriegsgesetze auf niederländischem Boden sofort und für immer unmöglich zu machen.

Krise überall.

Wie in Deutschland so in Oesterreich.

Wien, 18. Juni. (Eig. Drahtb.)

Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit Kleinen vergleichen kann, ebenso traurig und ausweglos wie in Deutschland. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trübselig. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich als unmöglich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht ebenfalls auch weit über die Kräfte des kleiner österreichischen Staates.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes Eigenkapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr erjagt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Stunden der Not nach dem Erlaß ihres Bankrotts beruhigen und ihre Einlagen bei der Kreditanstalt befreit werden könnten. Inzwischen ist unter den internationalen Umständen eine nicht zu bannende Beunruhigung eingetreten, die inwieweit zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die infolgedessen ihren Notenumlauf ganz bedeutend steigern mußte. Man nimmt an, daß die Nationalbank der Kreditanstalt bereits 600 Millionen Schilling in den Rücken geworfen hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht absehbar. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Schmelzwerke zu machen begannen. Die Regierung ist unter den dringenden Ermahnungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt finanzielle Haftung übernehmen kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Währungsnotwendig gemacht wurde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Niemand haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gebroht, daß sie ihre Einlagen sofort einbringen werden, wenn nicht der Staat für finanzielle Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Zollunion für immer verzichte. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollar ausländische Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerforum, die Einlagen bei der Kreditanstalt 2 Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der schwierigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht als formalität betrachten. So entfällt die Frage: Aber garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt Zinsabzugsgarantien bereits an eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Mißverhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Mißtrauen der Bevölkerung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländische Banken umzuverlagern. Der Dankensland der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblicke eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schilling an die Regierung emittiert, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernehmen und sofort eingezahlt haben. Die anfängliche Erleichterung scheint jedoch nicht anzuhalten. Am Mittwoch und Donnerstag war der Andrang insbesondere bei den Sparkassen sehr beträchtlich. Die Schwierigkeiten werden erhöht durch die Möglichkeit im Bundeshaushalt bereits jetzt 250 Millionen Schilling gefällig.

Alle diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich in den letzten Tagen als so katastrophal erwiesen, daß die Regierung ermahnungen war, zurückzutreten. Die Garantien, die der Finanzminister gegenüber dem ausländischen Gläubigerforum übernommen hatte, beantwortete zunächst der landwirtschafliche Innenminister mit dem Rücktritt. Da aus dem Kabinett in der Zwischenzeit bereits 3 Minister ausgetreten waren, ohne daß für sie Ersatz geschaffen worden wäre und das Kabinett im Nationalrat auf seine Majorität nicht rechnen konnte, hat es demissioniert. Nun hat sich eine bedeutsame politische Wendung vollzogen. Der bisherige Bundeskanzler Ender, der ohne Zweifel auf allen Seiten ein gewisses Vertrauen genießt, hat sich bereit erklärt, ein neues Kabinett zu bilden, stellt aber die Bedingung, daß seiner zweiten Regierung in Bezug auf die finanziellen Notwendigkeiten außerordentliche Vollmachten gegeben werden.

Ein Notverordnungsrecht, wie es die deutsche Verfassung vorsieht, kennt Oesterreich nicht. Deshalb soll die Finanzpolitik der Regierung durch ein verfassungsänderndes Gesetz erlaubt werden. Diese Vollmacht kann ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zustande kommen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß eine Form gefunden werden könnte, die den Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Notverordnungsrecht ermöglichen würde. Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß sich Ender, der offensichtlich nach Borsberg zurückkehren möchte, auf den aber ein sehr starker Druck ausgeübt wird, damit er die Bundeskanzlerschaft behauptet, mit der von ihm gestellten Bedingung einen halbwegs guten Abgang verabschieden will. Unter diesen Umständen ist mit einer längeren Dauer der Krise zu rechnen, jedoch die wirtschaftliche Lage und die Belangen aller Beteiligten, die nach einer Einlage verfügen, sich ins Maßvolle steigern wird. So unklar aber diese politische Krise, die ihre Ursache in dem ökonomischen Gend hat, auch scheint und ist, dennoch muß sie bald behoben werden.

Politische Verantwortung.

Eine Rundfunkrede des Genossen Hans Vogel.

Der auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie mit zum Vorsitzenden der SPD gewählte Reichstagsabgeordnete Hans Vogel sprach am Donnerstag im Berliner Rundfunk über das Thema:

„Im Kampf gegen das Chaos“.

Die furchtbare Wirtschaftskrise, so führte Hans Vogel aus, unter der die ganze Welt schon seit beinahe zwei Jahren leidet, wird in Deutschland durch eine Reihe von Umständen, zum Teil politischer Art, außerordentlich verschärft. Die politische Unfähigkeit hat namentlich in den letzten Wochen eine außerordentliche Zuspitzung der Lage herbeigeführt, die in den Wochenablässen aus Deutschland ihren Ausdruck gefunden hat. Durch die Anknüpfung und dann die Veröffentlichung der neuen

Notverordnung mit ihren unerhörten Härten und Ungerechtigkeiten

wurde die kritische Stimmung auf das Äußerste gesteigert. Unter diesen Umständen mußten die Parteien an der neuen Notverordnung Stellung nehmen und über die Einberufung des Reichstages entscheiden. Die Sozialdemokratie hat im Meisterrat die Einberufung des Haushaltsausschusses gefordert und hat erst dann auf diese ihre Forderung verzichtet, als die Reichsregierung gewisse sofortige Milderungen

in der Ausführung der Notverordnung und Verhandlungen zum Zweck der Abänderung der Notverordnung zu einem späteren Termin zugesichert hat. Die ablehnende Haltung der Reichsregierung der Einberufung des Haushaltsausschusses gegenüber war zwar sachlich völlig unbegründet, es stand aber fest, daß die Regierung nach dem entsprechenden Beschluß des Meisterrates demissionieren würde. Es bestand gar keine Aussicht darauf, daß eine neue Regierung an die Macht kommt, die sich der Einberufung des Reichstages bzw. des Haushaltsausschusses gegenüber weniger ablehnend verhalten oder auf einem anderen Wege Verbesserungen der Notverordnung durchsetzen würde. Es war vielmehr mit der Gewißheit zu rechnen, daß eine neue Regierung trotz des Beschlusses des Meisterrates

den Reichstag ausschalten

und in der Folge als eine diktatorische Macht regieren würde. Inwiefern würde eine Regierungstruppe mitten in der vorhandenen Kreditpanne eine unmittelbare Verschlechterung der Wirtschaftspolitik bewirken. Eben deshalb, weil die Sozialdemokratie die Notverordnung in ihrer gegenwärtigen Form für völlig untragbar

hält, hat sie, nachdem die Reichsregierung Verhandlungen zugelegt hat, beschlossen, noch einen letzten Versuch der Abänderung der Notverordnung durch Verhandlungen zu machen. Sie hat damit ihr Versäumnis getan, um die schlimmste Katastrophe zu verhüten. Ihren Standpunkt der Notverordnung und der gesamten Richtung der Regierungspolitik gegenüber hat sie nicht geändert. Sie sieht nach wie vor in dieser Politik keinen richtigen Weg aus der furchtbaren Not und zur Erleichterung der Ueberwindung der Krise.

Wir wissen sehr wohl, daß mit leeren Kassen der öffentlichen Verwaltung eine soziale Politik nicht betrieben werden kann, sondern daß es eine schlimmere Gefahr für die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen der öffentlichen Körperschaften geben kann, als sie ohne die erforderliche Einnahmebedeckung zu laufen. Wir sind deshalb einverstanden mit den Zusagen der Reichsregierung, die nicht auf Kosten der Sozialpolitik gehen. Ja wir glauben, daß diese Zusagen in manchen Stellen, z. B. bei dem Währungsrecht noch verschärft werden könnten. Wir sind ferner grundgläubig einverstanden mit dem Gedanken der Krisensteuer, d. h. mit der Heranziehung aller derjenigen Volksgenossen, die noch in der Krise über ein reguläres Ein-

kommen verfügen zur Aufrechterhaltung der Hilfsleistungen für die Millionen von Opfern der Krise. Wir wenden uns aber mit aller Entschiedenheit

gegen das Zerbröckeln der Krisensteuer,

das die Notverordnung enthält. Zu den von uns aufgezeigten Maßnahmen, die wir einmal vorläufig nur mit rund 200 Millionen Mark in Anschlag bringen wollen, kommen hinzu die Streichungen an unnötigen Subventionen, die mit der Notverordnung verbunden sein sollen. Es gilt auf unsere, sehr vorläufige Finanzrechnung, verlangen wir vor allen Dingen, daß mindestens die schlimmsten Härten im Abbau der Arbeitslosenversicherung, die die Notverordnung vorsieht, beseitigt werden. Das

die völlige Herausnahme der Jugendlichen,

die unterhaltspflichtige Angehörige haben, aus der Arbeitslosenversicherung auszuscheiden und politischen Gründen vollkommen unbedenklich ist, hat die Regierung selbst in den letzten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie anerkannt. Wir fordern dringend, daß diese Verschlechterungen der Unterhaltungen für Jugendliche vollkommen beseitigt werden. Wir kämpfen gegen die Verminderung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge. Wir lehnen mit allem Nachdruck die Ersatzungspflicht für Zahlungen aus der Krisenfürsorge ab, die mit einer augenblicklichen Entlastung der öffentlichen Finanzen nicht das Geringste zu tun hat.

Einen Punkt, der besonders unangenehm ist und der wiederum mit der finanziellen Gefahr gar nichts zu tun hat, will ich noch hervorheben:

den freiwilligen Arbeitsdienst.

Der sogenannte freiwillige Arbeitsdienst, dessen praktische Freiwilligkeit aber in hohem Maße gefährdet wäre, wenn wirklich die Unterhaltungen jugendlicher Erwerbsloser nahezu völlig eingestellt würde, soll nicht nur öffentlichen Körperchaften, sondern auch gewissen Verbänden, bei denen das Gewicht der politischen Tendenz allzu oft ein rationales sein wird, die Möglichkeit geben, für die Durchführung gewisser Arbeiten öffentliche Unterstüzung zu erhalten. Der reaktionäre Charakter dieses sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes besteht vor allen Dingen darin, daß bei ihm für die Arbeiter

kein arbeitsrechtliches Arbeitsverhältnis

begründet wird. Das soziale Arbeitsrecht, der Tariflohn und alles, was damit zusammenhängt, wird mit einem freibererlich beiseite geschoben und selbst die Anwendung der Arbeitschutzbestimmungen und der Bestimmungen der Sozialversicherung bleibt im Einzelfall der Entscheidung des Arbeitsministers vorbehalten.

Arbeitslohn in bar erhalten die Arbeitslosenbleibenden nicht,

sondern sie erhalten höchstens Guthabenszinsen für künftige Stadtkassenzinsen. Hier wird eine Quelle der falschen Selbstverausgabung geschaffen und ein Zentrum für alle sozialreaktionären und anti-gesellschaftlichen Pläne.

Wir fordern nach wie vor, daß an die Stelle der verfehlten Politik des Lohnbruchs und der Einschränkung der Massentaufkraft eine zielbewusste Politik der Stärkung der Massentaufkraft treten muß; das heißt

Schutz mit den Lohn- und Gehaltsentzungen,

aber verschärfter Druck auf die Anpassung des Preisniveaus an das gestunkene Lohnniveau. Dazu gehört die Wöhrer von der agrarischen Hochschulpolitik, die den Massen in Deutschland die Lebenshaltung verteuert und die gleichzeitig die industriellen Arbeitsmöglichkeiten für den Export durch das Herabsetzen handelspolitischer Schutzschranken einengt. Dazu gehört weiter, daß endlich mit der Kontrolle der monopolistischen Organisationen in Industrie, Handel und Handwerk ernst gemacht wird.

Werkzeug in Köln.

Köln, 18. Juni. (Eig. Drahtb.) Am Donnerstag wurde im großen Gürzenich-Saal in Köln der 50. Deutsche Werkzeugtag eröffnet.

In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende des Deutschen Werkzeugvereins, Geheimrat Santsirat Dr. Stauber, der die Sozialpolitik des Staates als die stärkste Belastungsprobe für den Werkzeugstand bezeichnete, auch über die Frage des 2. B. B. Er verteilte die alte konservativ-ägyptische Anschauung, daß für den Weltmarkt nur der Grundhalt entscheidend sei, ob der ägyptische Eingriff einer Schwangerschaftsunterbrechung dem Jüdischen, bei einer bestehenden Erkrankung einer schwangeren Frau eine weitere lebensbedrohliche Verschlechterung zu vermeiden. In solchen Fällen sei der Arzt zum Eingriff berechtigt. Es widerspreche aber der ärztlichen Berufsaufstellung, eine Operation ohne ärztlichen Beweggrund vorzunehmen, um wirtschaftliche Not zu verhüten. Darum könne die ärztliche Ständevertretung die geforderte Freigabe der sozialen Indikation für Schwangerschaftsunterbrechungen nicht gutheißen.

Das ist ein geradezu unerhörtes rüchardiger Standpunkt.

Dr. Heuer geht nach Berlin.

Als Nachfolger Reuters.

Als Nachfolger des bisherigen nach Magdeburg übergesiedelten Verkehrsdezernenten der Stadt Berlin, Oberbürgermeister Heuer, wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern den sozialdemokratischen Magdeburger Stadtrat Dr. Heuer. Die Wahl erfolgte im dritten Wahlgang mit 80 Stimmen. Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und ein Teil der Volkspartei stimmten für ihn.

Ender gibt seinen Auftrag zurück.

Wien, 18. Juni. (Eig. Drahtb.) Der geschäftsführende Bundeskanzler Ender bot den Auftrag des Bundespräsidenten zur Neubildung der Regierung nicht an. Er erteilte dem Bundespräsidenten eine Abfuhr, nachdem die Sozialdemokratie es abgelehnt, den von Ender geforderten Vollmachts ihrer Zustimmung zu geben und sich zu der Verabschiedung eines verfassungswidrigen Gesetzes bereit zu erklären.

Ein Priester für 100000 Gläubige.

Ein Einbürgerungsgezet in Mexiko.

Mexiko, 18. Juni. Die Frage der Ausübung der Tätigkeit der merikanischen katholischen Geistlichen ist vom Staatsverrat in der Weise gelöst worden, daß auf je 100000 Einwohner ein Geistlicher entsandt. Da dieser Etat 150000 Einwohner zählt, dürfen elf katholische Priester im Staatsverrat ihre Amt ausüben.

Das französische Marineprogramm wurde in seiner abgerundeten Form gegen die Stimmen des größten Teiles der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Von den Sozialisten stimmten außer Paul Boncour nur wenige Abgeordnete für das Programm.

Aus aller Welt

Wirbesturmkatastrophe im Sauerland.

Wirbesturmkatastrophe im Sauerland.



Karte der von dem Orkan betroffenen Gebiete.

Ein Wirbesturm, der am Mittwoch über dem Eifel-Tal tobte und besonders die westfälischen Ortschaften Pleitenberg, Oberkahl, Holthausen und Herford vernichtet hat, rief u. a. eine Drahtfabrik völlig vom Erdboden fort. Neben einem Toten sind 80 Verletzte zu beklagen. Wie Bewohner der in Weidenscheid gelegenen Driehöfen berichten, wurde am Himmel nach einem schweren Gewittersturm eine trichterförmige grauschwarze Wolke gesichtet, die mit rasender Geschwindigkeit, begleitet von einem sienenartigen miten Schreie, näher und näher kam und sich immer mehr vergrößerte. Aus einer Höhe von etwa 100 Metern ging sie dann über Pleitenberg und Holthausen nieder, wobei die Driehöfen völlig in Dunkel gehüllt wurden. Aus den Häusern erdröhnten höfliche, schwere donnernde Krachen auf die Straße. Schwärme und Mauerwerk fielen wie Kartenhäuser ein. Dem Wirbesturm, der nur zwei Minuten dauerte, folgte ein stürzender Regen. Der Schaden ist noch nicht annähernd zu übersehen, geht jedoch in die vielen Hunderttausende. Das Gefälle eines fünf Morgen großen Waldes bei Driehöfen wurde völlig umgeworfen. Ein Föhrgänger, der in die Gewalt des Tornados kam, wurde 30 Meter weit durch die Luft geschleudert, wobei er gefährliche Knochenbrüche und Querschnitte erlitt.



So sieht eine Windhose aus.

Trichterförmig schiefte sie sich allmählich aus dem verdunkelten Gemäht und vernichtete bei ihrem Aufstreffen auf die Erde alles, was sich ihrer unheimlichen Gewalt entgegenstellte.

Prozeß gegen einen Prügelpädagogen.

Am Donnerstag begann vor der großen Strafkammer des Landgerichts Emsburg der Prozeß gegen den ehemaligen Rektor der Förderschule an der Grotte Scheuen, Straube, sowie gegen 32 Jünger der Anstalt. Die Anklage lautet teils auf gefährliche Körperverletzung, in einem Fall mit tödlichem Ausgang, teils auf Bildung eines unbefugten Heufens. Den 33 Angeklagten stehen 15 Verteidiger zur Verfügung. Da fast alle Emsburger Rechtsanwälte in dem Prozeß tätig sind, ist der Emsburger Anwaltsbetrieb völlig lahmgelegt. Man rechnet mit einer Prozedauer von etwa vier Wochen.

Der Verhandlung liegen bespämende Verläufe in der Erziehungsanstalt Scheuen im Hammoeischen gaunde. Nachdem am 18. Februar vorigen Jahres eine Anzahl Jünger der Anstalt verhaftet hatten, indem sie die Fenster einschlugen, und mit Säbhelben bewaffnet vor dem Dienstmann des Rektors Straube dem monstrosen, griff dieser in seiner Wut das Mittel, eine „Lapsträgergarde“ zusammenzustellen, die, animiert von Straube, die aufständigen Kameraden schwer mißhandelte, wobei einer der Verurteilten in schwerer Verletzung wurde, daß er an den Folgen des Ueberfalls starb. Trotzdem die zuständigen Hofratsräte das Brügeln von Jünglingen auf scharfe Mißbilligung und verbot, hat Straube zu diesem Mittel gegriffen, das jedem pädagogischen widerprüflich. Die Behörden haben sofort scharf durchgegriffen und die Anstalt Scheuen aufgelöst; Straube ist seines Postens enthoben worden.

Der erste Verhandlungstag begann mit formalen Anträgen eines Verteidigers sowie mit den Bindungen der Jünger, die an der Meuterei teilgenommen haben. Wie sie angeben, ist der Grund der Revolte das übrigens unbefriedigende Gehalt gewesen, das Straube meißliche Jünger erhalten habe. Weiter ergab sich, daß die Meuterei mit Stöbungen in der Hand unter Abfragen kommunikativer Kampfbilder vor Straubes Arbeitszimmer geogen fand.

Mehr Zölle!

Der Reichsverband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften herangezogen, hält in die Schweinmäße zur Zeit keine ordentliche Generalsammlung ab. Der Meisterrat nehmen sind über 36000 Genossenschaften angeschlossen. Die 28 Zentralräte verfügen über ein Vermögen von 100 Millionen Mt. Die Einlagen haben die zweite Milliarde überschritten. Die landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften bezogen Waren von über 525 Millionen Mark gegenüber 504 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Milchlieferungen hat sich von 4,4 Milliarden Litern auf 4,5 Milliarden gesteigert, die Eierlieferung von 80 Millionen auf 215 Millionen. Die Getreideerzeugung verbesserte sich um 12 Prozent.

Reichsernährungsminister Schiele wandte sich auf der Tagung gegen die hohe Bemessung des Handels. Im übrigen verlangte Schiele Zölle für die Veredelungsprodukte wie Butter, Eier, Milch, Käse usw. So sehr wie die Schiele'sche Klippe gegen die Handelspläne bedürfen, so sehr müssen wir vor weiteren Zollexperimenten gerade in diesem Augenblick ganz besonders warnen, weil die Kaufkraft der Bevölkerung an sich schon überpannt ist. Eine weitere Anspannung ist nicht mehr möglich. Zölle, wie sie Schiele fordert, sind jetzt ein Verbrechen.

Hindenburg gratuliert Doumer.

Wiederherstellung der Freundschaft zwischen dem deutschen und französischen Staatspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat, wie amtlich mitgeteilt wird, dem neuen Präsidenten der französischen Republik, Paul Doumer, aus Anlaß seines Mitschnitts ein Glückwunschkommuniqué geschickt. Der französische Präsident hat dem Reichspräsidenten sofort geantwortet.

So unendlich man die Freundschaftsbeziehungen zwischen Staatsübernehmern auch nehmen mag, so sind sie doch ein festeres Band dafür, ob die Beziehungen zwischen zwei Staaten wieder völlig normal geworden sind. Als Oberst von der Nationalversammlung und Hindenburg durch Volksabstimmungen zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt wurden, hat der französische Staatspräsident die Versicherung der Freundschaft unterlassen; ebensowenig hatte der Reichspräsident in früheren Jahren den neuen französischen Staatspräsidenten zum Mitschnitt gratuliert. Auch vor drei Jahren erhielt zum 80. Geburtstag der Reichspräsident aus Frankreich keinen Glückwunsch. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Reichsregierung jetzt die Initiative ergreift, um, beim Mitschnitt Doumers die deutsch-französischen Beziehungen in dieser Hinsicht zu normalisieren.

Billiger als Kleinauto.



Kleinflugzeug für 950 Mark.

Ein junger „Sturmmogel“ wurde auf dem Flugplatz Johannisthal vorgeführt. Es handelt sich um das von dem Piloten Fritz Koch konstruierte billigste Kleinflugzeug der Welt. Die Bauteile des Flugzeuges stellen sich auf 950 Mark, die laufenden Ausgaben für eine Flugstunde auf 5 Mark. Die Maße und technischen Zahlen des Flugzeuges sind: Spannweite 8,60 Meter, Länge 5,50 Meter, Motor 14 PS, Stundenverbrauch 85 bis 90 Liter, Höchstgeschwindigkeit 85 Kilometer und Steigleistung 1000 Meter.

Der „Sturmmogel“, die Flugerzeugung der Weltflieger, soll mit dieser Art Rollenflugzeug schaffen. An den verschiedensten Gruppen dieser Organisation wurde schon eifrig Segelfliegen geübt. Um nun aber auch die schon fortgeschrittenen Mitglieder im Motorflug unterrichten zu können, hat der Pilot Koch diese billige Zappe geschaffen. Er ist davon überzeugt, daß ein jeder, der Segelfliegen gelernt hat, mit dieser kleinen Maschine schon nach einigen Rollenflügen, im Zeit ausgedrückt, etwa schon nach einer Stunde, seinen ersten Motorflug ausführen kann. Sollte sich das Flugzeug bewähren, soll der „Sturmmogel“ eine Flugzeugart einrichten und seinen Ortsgruppen im Reich genügend von diesem Kleinflugzeug anfertigen.

Die Flüge, die gestern in Johannisthal vorgeführt wurden, zeigten, daß die Maschine für Blähtage sehr gut geeignet ist.

Kausüberfall auf Gebirgsjäger. Auf den 63jährigen Beroliner Gebirgsjäger W. J. J. wurde am Donnerstag vormittag in einem Hause in der Kausstraße in Berlin D. ein Kausüberfall verübt. Zwei junge Burthen, die mit Zehlfingerringen ausgestattet waren, fielen im Hause über den Gebirgsjäger her, der jedoch geistesgegenwärtig genug war, sofort von seinem Gummihülfen Gebrauch zu machen. Es gelang ihm, die Räuber abzumehren, worauf sie die Flucht ergriffen. W. J. J. verfolgte sie und nahm mit Hilfe von Passanten und einer Polizeistreife einen der Räuber fest. Der zweite wurde später in seiner Wohnung verhaftet. Die Beamten fanden den Mann durch Hunger vollkommen entrückt auf und gaben ihm Brot zu essen, das er in ein auf dem Boden brachte. Die beiden jungen Menschen, die seit länger Zeit mit arbeitslos sind und sich angeschlossen in großer Zahl befinden, der eine ist ausgesessener und erträgt keinen Penny Hunger mehr — haben die verabschiedete Zeit bereits vor einigen Tagen ausgetanzen und planmäßig in Szene gesetzt.

Mädchenhulstake verunglückt. Eine auf einem Schiffsbauwerk befindliche Klasse einer Mädchenhulstake in H. e. m. b. r. e. t. (Oberhafen) betrat unter Führung des Lehrers eine Holzbrücke, die über die Gießlei führte. Plötzlich brach die Brücke ein und riß 25 Mädchen in die Tiefe. Acht wurden schwer verletzt.

Ein „politischer“ Gaunertat. Die Revolutionsaphisose wurde jüngst von einigen Gaunern an der bayrisch-österreichischen Grenze am Bodensee zu einem neuen Trieb ausgenutzt. Zwischen sechs und sieben Uhr morgens erschienen bei einem Finanzamtsposten im Bregener Wald zwei Burthen mit Gewehr und Munition und schickten den Beamten mit der Drohung ein, sie seien die Revolutionsführer hundert Revolutionäre aus Bayern. Hier sei die Revolution ausgerufen, und die Einmischung nach Vorarbeiten feste unmittelbar bevor. Der Posten wurde so überumpelt, daß die Burthen durch und mehrten den Vorfall nach Bregenz. Dort hielt man die Angelegenheit gleichfalls für möglich, traf Vorkehrungsmaßregeln, ordnete Berechtigungstellung eines Teils der Garnison an und alarmierte die Gendarmen. Zur Anfrage in München erhielten dann die Bregener die Mitteilung, daß in Bayern alles ruhig sei. Es stellte sich heraus, daß die Burthen ein Versteck in ein Jagdschloß bei Oberdörfel verlegt hatten, wobei ihnen Gewehre und Munition in die Hände gegeben waren. Um ihre Beute ungeschädigt über die Grenze bringen zu können, hatten sie die bayrische Revolution erfunden. Bisher konnten sie noch nicht festgenommen werden.

Das Altbere Säuglingssterben vor Gericht. Wie die Staatsanwaltschaft in Lübeck mitteilt, wird der Prozeß wegen des Säuglingssterbens nur nach dem 15. September vor dem großen Schöffengericht in Lübeck beginnen. Wie bekannt, sind Professor Dr. Dehse, Professor Dr. Koch und Obermedizinalrat Dr. Wiffandt wegen inhaltlicher Forderung angeklagt.

Todesurteil im Röhrenfabrik Mädchenmordprozeß. Vor dem Schwurgericht in Nürnberg wurde am Donnerstag der Prozeß wegen Ermordung der 13jährigen Arbeiterin Käthe Berrl verhandelt. Der Mörder, der 23jährige Maurer Hans Kupper, wurde wegen Bergabens gegen Karacarb 49a zu drei Jahren Gefängnis, wegen Mordes zum Tode und lebenslänglichen Hausarrest verurteilt. Das Urteil gegen den wegen Weichte angeklagten Metzger Fritz Haas lautete wegen Bergabens gegen Karacarb 49a auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Drama unter Arbeitelosen. In Nikolai bei Kottowitz versammelten sich gestern in einer Scheune vor der Stadt mehrere Arbeitelose. Einer von ihnen, namens Kaluga, hatte ein altes russisches Gewehr mit abgeschliffenem Lauf und zehn Patronen bei sich. Ein anderer Arbeiteloser forderte nun Kaluga auf, auf ihn zu schießen. Er legte den Kopf ab und entließ seine Brust. Kaluga schuß, traf jedoch den anderen nur in der Hand, worauf dieser ihn aufforderte, noch einmal zu schießen. Als auch der zweite Schuß fehlging, schuß Kaluga zum dritten Male und traf ihn ins Herz. Darauf schuß sich Kaluga selbst eine Kugel in die Brust. Die beiden anderen Arbeitelosen, die inzwischen demongolischen waren, benachrichtigten die Polizei, die am Latort die beiden Leichen vorfand. Der Grund zu diesem eigenartigen Mord und Selbstmord ist in Arbeitlosigkeit zu suchen.

Schmuggler erschossen. Am Donnerstag morgen wurde im K. g. n. e. r. W. e. ein 37jähriger Schmuggler aus Sagen, der 3000 Zigaretten bei sich trug, erschossen. Als der Schmuggler auf die Jait-Wiese eines Holzbeamten nicht hörte, machte der Beamte von der Waffe Gebrauch.

Das Geheimnis Calistros.

Zeugenschaft um den Muttermörder. — Mensch, Tier oder Geisteskranker?

Berlin, 18. Juni. (Eig. Bericht.)

Calistros Max Thieleke, der Mörder seiner Mutter, gibt dem Berliner Schmeurgericht immer neue Rätsel auf. Dieser junge Mensch, der, fallbüßig und manchmal ironisch lächelnd, dem Gericht mit verquollenen pseudowissenschaftlichen Definitionen seiner entsetzlichen Tat zu kommen versucht, der mit fast behaglicher Breite die grauenhaften Details seiner Missetat schildert, gelassen, als ginge ihm das alles nichts an, hat am Mittwochabend einen Bergleisch gebraucht, der allen Zuhörern das Blut in den Adern gerinnen ließ. Als die Sprache darauf kam, daß er die Mutter, die er umgebracht hatte, wie ein Paket einschürzte, sagte dieser entsetzte Mann — und seine Miene zuckte dabei in seinem blaffen, verflissenen Gesicht — wörtlich: „Herr Vorsitzender, ich bitte von vornherein das jetzt gebräuchlichste Bild zu entschuldigen, aber ich konnte sie doch nicht wie eine verbräute Frau im Wasser liegen lassen.“ Das Gericht hielt den Mann am Aus dem Augen des Bergleischers Mensch? Ein Tier? Ein Geisteskranker? Der einzige im Saal, der die Fassung bewachte, war jener Angeklagte, der es lächelnd über sich brachte, in bereit abscheulicher Weise von der einen Mutter zu sprechen. Und mit Macht drängte sich den Hörern der Gedanke auf, daß dieser „Schiffstiller“ mit dem lebensschändlichen Jeng für den Indebianismus eine Anlegenheit für den Psychiater sein müßte.

„Die Mumi“.

Die Donnerstagabendhandlung brachte die Vernehmung des Kriminalkommissars mit Herrn Rebe, der sich zuerst mit dem Angeklagten beschäftigte hatte. Rebe gegenüber war Thieleke sehr geschäftig. Er gab breit und detailliert eine Schilderung seiner Jugend und richtete auch hier die ganze Intelligenz seines Vortrages gegen die Mutter, die er u. a. der Schande beschuldigte. Die Schilderung, die Thieleke dem Kriminalkommissar feierlich machte, unterzeichnete sich in bedeutungsvollen Punkten von den Bekundungen des Angeklagten vor Gericht. So will er bei der Vernehmung durch den Kriminalkommissar einen Gegenstand in der Hand seiner Mutter beobachtet haben, den er, eines bestimmten Geräusches wegen, für einen Revolver hielt. Dem Freuzerführer der Kriminalpolizei hat er dann allerdings die Behauptung gemacht, dem Kommissar erschienen Thielekes Notwehrhaken als ungenau zweifelhaft. Mit weichen Mitteln der Angeklagten gearbeitet hat, bemerkt seine an Romantische grenzende Bemerkung, ihm sei erst am anderen Morgen ins Bewußtsein gekommen, daß er eine „Mumi“ im Hause habe.

„Zentral habe ich“

Die Vernehmung der Schwester der Ermordeten, Frau Thieleke, entrollt das erschütternde Bild einer völlig degenerierten Familie. Die Zeugin macht ihre Aussagen mit leiser, bebender Stimme und ist am Bestenfalls nicht zu verstehen. Eine Schwester, die in melancholischen Depressionen litt, beging Selbstmord, eine zweite war Geisteskranke und wurde in ein Irrenhaus eingeliefert, und eine dritte war ebenfalls in ein Irrenhaus eingeliefert. Als Calistros heiratete, machte sie eine furchtbare hysterische Szene. Vorliegender: „Wissen Sie etwas davon, daß Ihre Schwester Calistros vergiftet wollte?“ Zeugin: „Ich weiß, daß sie einmal

zu mir gelangt hat: „Zentral habe ich.“ Dessen ich ist mir noch sehr deutlich bewußt. Dann sprach sie auch im Jörn davon, daß man den Gashahn aufdrehen müsse.“ Vorliegender: „Sie soll etwas übertrieben herzlich gewesen sein und Wärme geäußert haben?“ Zeugin: „Aun je, sie freute sich über die Tiere auf dem Erdboden aus und durfte nicht, daß man die Mumi tötete.“ Die Vernehmung der Frau Thieleke, die das Gericht von der arbeitsfähigen Bergangeheit der Thielekes aufgebracht hat, ergibt nichts Wesentliches.

Eine Frau Sommer, die am Nachmittag vernommen wird, war eine gute Freundin der Ermordeten. Sie schüttete sie für ihre Berg aus, ihr Klage sie ihr Leid. Die Zeugin schildert eine lebensschändliche Unterredung, die sie mit Frau Thieleke gehabt hatte und in der die Rede auf ihr Entschuldig kam. „Ich habe mich das Kind noch nicht ansehen dürfen.“ sagte sie Thieleke gehabt hatte und in der die Rede auf ihr Entschuldig kam. „Ich habe mich das Kind noch nicht ansehen dürfen.“ sagte sie Thieleke gehabt hatte und in der die Rede auf ihr Entschuldig kam. „Ich habe mich das Kind noch nicht ansehen dürfen.“ sagte sie Thieleke gehabt hatte und in der die Rede auf ihr Entschuldig kam.

„Calistros“ — ihr Schande seines Vaters!

Die Witwe Moritz Hermanns, des betamten Schriftstellers und Redaktors beim Freuzerführer, kam Frau Thieleke von ihrer Schneidernähtätigkeit her. Sie schildert sie als eine sehr phantastisch veranlagte, etwas pathologische Frau und fällt im übrigen ein nicht ungünstiges Urteil über den Angeklagten, den sie feinerzeit gleichfalls kennen gelernt hatte. Frau Hofmann, eine Frau in den mittleren Jahren, hatte sich einst sehr für den Jungen interessiert und wollte ihn adoptieren. Weil lebensschändlich nimmt sie für den Angeklagten Partei, der im Gegenwart der Mutter immer sehr verschlossen gewesen sei und erst aufblühte, wenn sie fort war. Weiterhin habe die Mutter Calistros zu Unmuthigkeiten angefaßt und ihm den Namen der Zigarettenmarke der Fabrik seines Vater gegeben, um ihn als Schande für seinen Freuzer in der Welt herumzuführen zu lassen. „Das hat mir Frau Thieleke selbst gesagt.“

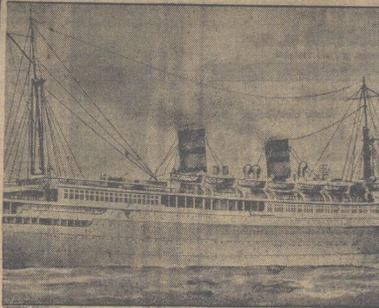
Des Mörders Freund . . .

Wichtig entgegengekehrt hat das vernichtende Urteil, das die Frau seines Vaters über ihn abgibt. Sie berichtet, daß er einmal grundlos der Mutter bei Tisch gegerufen habe: „Das Weib habe ich“, worauf er ein Kreuzverhör gab und es nach ihr mar. Daraufhin sei er von seinem Vater geschäftig worden. Die Mutter, mit der sie, Frau Thieleke, freundschaftlich verkehrt habe — der Ehebruch war längst verziehen — sei eine sehr angenehme und menschlich wohlthuende Frau gewesen. Calistros aber habe einmal zu ihr gesagt: „Ich habe eine gute Anzahl Giftflaschen. Wenn ich will, kann ich den ganzen Ort vergiften.“ Ein Tages sei er an sie herangetreten und habe zu ihr gesagt:

„Lante, wenn Du Deinen Allen loswerden willst, vergifte ich ihn.“

Und dann tritt gegen Schluß des zweiten Verhandlungstages Calistros Freund Emanuel Ben Gorton, der Sohn des berühmten Bergleischers, an den Zeugenstand, legt sich für den Angeklagten ein und bezeugt sich auch heute noch als seinen Freund. Ein Wut widerprechender Zeugnisaussagen. Die Rede um die schreckliche Tat Calistros löst sich nicht, im Gegenteil, sie zieht sich bis hier!

Dampfer durch Feuer vernichtet.



Der 19 000 Tonnen-Dampfer „Bermudas“.

Der den Dienst zwischen Newport und den Bermudas-Inseln versah, wurde im Hafen von Hamilton (Bermudas) durch ein Feuer vernichtet. Drei Mann der Besatzung fanden den Tod in der Verhinderung, 60 Feuerwehrlente erlitten schwere Brandverletzungen. Der Dampfer brannte aus und sank.

Riesenbrand einer Tonröhrenfabrik.



Das ausgebrannte Hauptgebäude.

In Burgtenm bei Bitterfeld richtete ein Großfeuer in einer Tonröhrenfabrik schweren Schaden an. Werte in Höhe von dreierlei Millionen Mark wurden ein Raub der Flammen.

Das Feuer, das reich an Ausdehnung geman, griff auch auf die Zigaretten über. Beide Anlagen brannten in kurzer Zeit bis auf die Grundmauern nieder, wobei sämtliche Maschinen den Flammen zum Opfer fielen. Es gelang den energischen Bemühungen der Feuerwehrlente lediglich, das Maschinenhaus mit der Hauptantriebsmaschine vor der Vernichtung zu bewahren. Durch den Brand sind etwa 70 Arbeiter auf längere Zeit brotlos geworden.

Schwere Sturmschäden in Wien. Der im Prater aufgestellte Jirtus Hagenbühl ist durch einen Wettersturm schwer beschädigt worden. Ein heftiger Windstoß riß das Zell auf. Einer der vier Hauptmasten wurde abgebrochen. Die meisten Stützen der Gerüstanlage stürzten nach. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist groß. — Ein eigenartiger Unfall ereignete sich bei Bauarbeiten an einem Hofhause in der Herrenstraße. Der Sturm blies einen Arbeiter, der an einem Kran beschäftigt war, Jenseits in die Augen. Er ließ inolgebessene die Bedienungsseile los und die Last stürzte herab. Sieben Arbeiter wurden verletzt, darunter drei schwer. Ferner wurde eine Person von einem abgerissenen Baumstamm lebensgefährlich verletzt. In Algersdorf bei Wien brach Feuer aus, das sich infolge des Sturmes rasch ausbreitete. Drei Wohnhäuser gerieten in Brand. Ein Haus ist bis zum Erdgeschloß abgebrannt. Ein Arbeiter wurde lebensgefährlich verletzt.

Letzte Nachrichten

(Glanz-Sunt- und Deutsches)

Zustände in Nazi-Deutschland.
Braunschweig, 19. Juni. (Eig.) Die sozialdemokratische Bewegung des braunschweigischen Landtags veröffentlicht folgende Erklärung: In der Mittwochsitzung des Landtags machte der nationalsozialistische Abgeordnete Alpers dem Abgeordneten Dr. von Frankenberg, der Gauführer des Reichsbanners ist, den Zuspätkommen: „Das sagt einer vom Reichsbanner, von diesen Wogelstelen!“ Statt den Befehliger zur Ordnung zu rufen, unterließ der amtierende Präsident Jörner diese heftigste Ausrufung, indem er behauptet, das Reichsbanner habe tatsächlich Wunde bezeugen. Die sozialdemokratische Fraktion setzte gegen diese parteiliche und für einen braunschweigischen Landtagspräsidenten bis dahin unerkarte Art der Geschäftsführung scharfe Verwahrung ein. Einem entzündlichen Protestiert sie dagegen, daß der Präsident des braunschweigischen Landtags die große Organisation der republikanischen Frontsoldaten in so unvorsichtiger und wahrheitswidriger Weise verächtlich hat. Der in dieser scharfen Weise kritisierte Landtagspräsident Jörner ist selbst Mitglied der NSDAP.

Großfeuer in Aergig an der Mosel.
Trier, 19. Juni. (Telumion). Am Donnerstag gegen 16 Uhr entstand in einem Wohnhaus in der Nähe der Pfarrkirche von Aergig an der Mosel ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit sich sich und neun Häuser ergriff. Infolge des Fehlens einer freiwilligen Feuerwehr im Ort mußten die Feuerwehren aus den benachbarten Orten alarmiert werden. Trotz der größten Anstrengungen war das Feuer um 20 Uhr noch nicht ganz gelöscht und ging erneut so gefährlich um sich, daß auch die Kirche des Ortes stark bedroht wurde. Die neun Wohnhäuser sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Ein Familienverband abhandelt. An den Weinbergen, die hinter den abgebrannten Häusern liegen, sind ungefähr 4000 Weinstöcke so stark beschädigt worden, daß sie wahrscheinlich eingehen werden.

Sonnabend: Schlußtag!

unseres großzügigen Serien-Verkaufs! • Sämtliche Artikel enorm billig!

2 Scheuertücher } 2 Handtücher } 2 Staubtücher } 2 Wischtücher } Ein Restposten Damast-Tischtücher teils Halb- und Reineleinen, 130x160 3,85 2,85 Ein Restposten Vollvolle-Druck 100 bis 120 cm breit Meter 95	Ein Restposten Kaffeedecken indanhren, in allen Größen . . . 2,85 1,85 95 Pf.	Ein Restposten Handtücher , Reineleinen 95 Pf. Halb- od. Gerstenkorn, ges. u. geb. 2 od. 3 Stk.	Ein Restposten Rohnessel 140 cm breit dichte Ware 2 Meter 95 Pf.
Ein Restposten Wachstuch-Decken mit Barchendrüden, extra groß . . . 116x145 Ein Restposten Zephyr oder Panama schiffartig Meter 68 ss 45 39	Ein Restposten Tollestreifen 95 Pf. 2 Meter	Ein Restposten Renforce 45 Pf. 80 cm breit, pastellfarbig Meter	

Billige Kurzwaren für die Hausseiderei! Maschinengarn, 1000 Meter 45 Pf. 200 Meter 10 Pf. Skopfwist, 10 Kaschel, in Farben sortiert 25 Pf. Gummilitze, waschbar 3 Meter 15 Pf. 4 Stück weißes B'wollband, sortierte Breiten 20 Pf.	1 Posten Strumpfhaltersüßeln , prima Qualität . . . 95 50 Pf. Bästehalter, weiß oder rosa Tücher 50 Pf. Corsettes, prima Satindrell, in allen Größen 3,90 Corsettes mit Gummisatz, K'feld, Jacquard 3,95	Armblütter Paar 20 15 Pf. Prima Haarnetze 20 Pf. Sport- und Schlaflauben 20 Pf. Herren-Sockenhalter 25 Pf.
---	--	--

Für unsere Kleinen zum **Johannstag, Mittwoch, den 24. Juni:**
 Sonnabend bis einschl. Dienstag: Ausgabe der Einladungskarten für die Kinderbelustigungen in unserer Spielwaren-Abteilung, III. Etage, an unseren Kassen!
Jeder Umschlag enthält ein Gewinn-Los!

Im Lichthof!
 Probe-Waschen mit Lux-Seifenfloeken
Pefra
 der ideale Plissier- und Bügelstoff

Willy Cohn

Sonnabend letzter Tag!
 Vortührung der Corsetletten
 im Lichthof!

Herr August Rothmann, Sternstraße 11, beschließt auf seinem Grundstück am Sperringsberg, Kartenblatt 21, Pergel 7, ein Zweifamilienhaus zu errichten. Das Grundstück liegt am Separationsweg 278 in der Nähe der Sternstraße. Gemäß § 16 des Verordnungsblattes vom 10. 8. 1904 (W. S. E. 227) wird dies mit dem Vermerk bekannt gemacht, daß gegen den Antrag auf Erteilung der Verordnungs-genehmigung nach §§ 16 und 17 des Verordnungsblattes vom 10. 8. 1904 (W. S. E. 227) Widerspruch erhoben werden kann, wenn dieser sich durch Befragen der im § 16 des Gesetzes bezeichneten Art begründen läßt. Die Unterlagen für das Wohngebäude liegen innerhalb dieser Frist im Stadtbüreau, Zimmer 6, während der Dienststunden aus.
 Der Magistrat.

Die Steinflechterarbeiten u. Zubehörlinge
 zur Wässerung der Wegegelschläge sollen getrennt öffent-lich vergeben werden. Verhörsloose, mit entsprechender Aufschreibung versehenen Angebote sind bis
Dienstag, den 23. Juni, vorm. 12 Uhr
 im Stadtbüreau, Zimmer Nr. 3, einzulegen, woselbst vorher die Bedingungenunterlagen eingesehen und gegen Er-stattung der Liniosten entnommen werden können.
 Das Stadtbüreau.

Die Arbeiten und Lieferungen zur Anlage einer Warmwasserheizung
 für den Bau des Wohnhauses am Sperringsberg, Kartenblatt 21, Pergel 7, sollen öffentlich vergeben werden. Verhörsloose, mit entsprechender Aufschreibung versehenen Angebote sind bis
Sonnabend, 4. Juli, vorm. 11 1/2 Uhr
 im Stadtbüreau, Zimmer Nr. 3, einzulegen, woselbst vorher die Bedingungenunterlagen eingesehen und gegen Er-stattung der Liniosten entnommen werden können.
 Das Stadtbüreau.

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 3 bis 10 Uhr
 Hind- und Schweinefleisch.

Öffentliche Mahnung.
 Die noch nicht gezeichneten Voranschlagsblätter für die Sanverordnungsarbeiten des Vermögensamtes für das Jahr 1931, sind bis zum 24. d. Mts., an die Stadthauptkasse, Rathaus 5, zu bringen. Bis 25. d. Mts. erfolgt Einziehung durch Zwangs-vollstreckung.
 Cuedinburg, den 18. Juni 1931.
 Der Magistrat.

LEHRLING
 zum Holzschuh- und Pantinennageln gesucht
Spangenberg & Co.
 Schuhfabrik Wilhelmstr. 29

Kirchliche Nachrichten.
 Am 3. Sonntag nach Trinitatis, den 21. Juni 1931, werden predigen:
 Domkirche: 8 Uhr, Vikar Müller. 9.30 Uhr, Dom-prediger Lange, Welche u. Abendmahl. Dienstag, 20 Uhr, Bischofshof im Saale des vom Gemeindefürsorge-Ertes, Mittwoch, 20 Uhr, Abgang im oberen Konfirmandenhaus. Der Abgang des Konfirmandenhauses muß am 27. Juni vorübergehen werden. Kirchenmusik (festl.): 9.30 Uhr, Hofprediger David. Sonnabend, 20 Uhr, Rosenkranzfeier, Vikar Moseritz (Des Herrgotts Sorgenkinder.) Mitt-woch, 17 Uhr, Pflanztag. Vikar Moseritz. Freitag, 20.15 Uhr, Konfirmanden, Domplatz 32. Martinstag, 9.30 Uhr, Oberfarner D. Horn, Abendmahl. Moritz-kirche: 8 Uhr, Vikar Friedländer. 9.30 Uhr, Vikar Gebauer. Johannisfest: 8 Uhr, Vikar Schmidt. 9.30 Uhr, Vikar Moseritz (Was das nur jeder müßt!).
 In allen Kirchen und Cecilia-Hilf, 11 Uhr, Kinder-gottesdienst.
 Es. Jungmännerverein: (Martiniplatz 3) Montag, 20 Uhr.
 Es. Männerverein: (Breitenweg 3) Mittwoch, 20 Uhr.
 Es. Frauenverein: (Zemlerstraße) Donnerstag 22, Son-nab, 20 Uhr. Konfirmanden, Domplatz 32. Martinstag, 20.15 Uhr. Konfirmanden, Domplatz 32, Montag, 20.15 Uhr.
 Jugendbund f. E. C.: Domplatz 32, Sonntag, 20.15 Uhr.
 Mädchenheim Seydlitzstraße 5, Mittwoch, 20 Uhr.
 Sonnabend, Sonntag 20 Uhr, Jugendbund.
 Es. Jungmädchenbund: Cecilia-Hilf, Dienstag, 20 Uhr.
 Es. Jungmädchenverein: (im oberen Konf.-Saal der Domes) Sonntag und Donnerstag, 20 Uhr.

Alteher Kraftwagenführer-Verein für Halberstadt u. Umgegend
 Morgen Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr, findet in der **Sternwarte** unser großer **Sommernachtsball** statt. Unsere Mitglieder nebst Angehörige, sowie Freunde und Gönner durch Mitglieder eingeführt herzlich willkommen.
 Der Vorstand.

ELYSIUM
 Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Bruno Kastner
 Der Liebling der Frauen
Lisl Tiersch u. a.
 Näheres bringen weitere Inserate

Wehrstedt.
 Unser diesjähriges **Schützen-Fest**
 findet vom 9. - 12. Juli statt.
Der Schützenvorstand.
 Der Schützenwirt, Raake.

Achtung großer, radikaler Preissturz!
Erste Qualitäten:
 Schinkenspeck, kernig u. fest 1/2 Pfd., nur 38 Pf.
 ff. Rollschinken, zart u. saftig 40
 harte Plochwurst, pa., pa. 38
 harte Schlackwurst, pa., pa. 38
 Bierwurst, ganz herrlich 30
 fetten, deutschen, hohen
 Speck, geräuchert Pfd. nur 70
 gut durchwachsen
 Rippenspeck, hohe Ware 90
 harte, schneifste Bratwurst 90
 Braunsch. Mettwurst, das ganze Pfd. nur 92
 geräuch. Landrotwurst, id. Darm 68

Konserven-Thomas
 Martiniplatz 22 Martiniplatz 22

Oschersleben.
 Empfehle für Rancher
alle Sorten Tabake zu alten Preisen
 Fl.-Fla. Rot 40 Pf.
 Fl.-Fla. Blau 50 Pf.
 Brinkmann Stolz 40 Pf.
 Gold-Shag 40 Pf.
 ebende H. saure Gurken von 5 Pf. an

Ausflüge, Vereinsfahrten, Transporte all. Art, Möbel-Umsätze, mit großen neuen Schnell- Lieferwagen (Ausflugswagen) billig!
Böttcher
 Dominikanerstraße 4.
 Fernruf 2974.

Mk. Minkerböcker Anzughosen, Wollhemden, Windjacken, Kinder-Anzüge, Luster-Jacken, Maurel-Weiten, Graue Dreil-Anzüge
Mk. Kind-Lotteriemittel, Irrsich-Anzüge, Irrsich-Strümpfe, Hamburg-er Arbeitshosen, Motorrad-Anzüge
Mk. Damen-Mantel, eleg. Galerien, alle Mannege, (vorübergehend) Manningsmanne, Lederhosen, Kellnerhosen, Temp. Hosen, Motorrad-Anzüge
Mk. Eleg. Hosen aller Art, Knaben-sport-Anzüge, Kinder-Mantel, Weiber-Mantel, Ja Wind-Jacke, etc.

3g. fettes Rindfleisch
 8 Pf. 0.80 Mk., Gulaich 8 Pf. 0.80 Mk., Rouladen, 8 Pf. 1.10 Mk., Br. Schmalz 8 Pf. 1.00 Mk., Br. Schmalzmei-fleisch 8 Pf. 0.80 bis 0.80 Mk., Br. Mehlkugelnfleisch 8 Pf. 0.80 - 0.80 Mk., Rinder-Becker 1.00 Mk., Gers, Zunge, Gutes, feils und gelocht!
Bräunert 8 Pf. 80 Pf.
 harte 8 Pf. 1.00 Mk.
36 Franziskanerstr. 26

Achtung! Achtung! Ausnahme-Preis
 Freitag und Sonnabend
prima fettes Rindfleisch
 1 Pfund 40 Pf.
 Bratwurst im Schmalzfleisch
 1 Pfund 60 Pf.
 Würstchen, 5 Stück 10 Pf.
 Sauerbraten, 1 Pf. 80 Pf.
Gustav Puppe
 Körnerstraße 35
 Ecke Döhlenkopffstraße.

Steis marin. Feringe
 mit bider Soße
 ff. Marinis-Feringe
 empfiehlt **LUDWIG**
 Schulstr. 21, Fernruf 1188
 Nebenamtlich Werde.

Zur Haus-Zeritur Mineralwasser
 feils sehr vorzüglich
Löwen-Drogerie
 Walter Rathenaustraße
 Ecke Geddlitzstraße

Braunthohl,
 Kohlrüben, Porree und
 14 mllche Gemüßpflanzen,
 fern
 Betunnen empfiehlt
R. Wernig
 Gartenbau-lehrer
 Sternstr. 5. Fernruf: 1671.

Wir tragen Ihnen die Ware nicht ins Haus
 Wir liefern Sie Ihnen aber
frisch vom Fabrikator
 3 Margarine-Spezialmarken:
Gute Haushalt Pfd. 58 Pf.
Flamante Eigelb „ 80 „
 ges. gesch.
C. E. Feinkost „ 1.00
 Allerfeinste Schleswig-Holsteinische
Molkerei - Gras - Butter
Pfund 1.46 Mk.
 Kaufen Sie
 Butter und Margarine nur frisch ausgewogen.
Butter Groß-Handlung Hammonia
 Großes Butter- und Margarine-Spezial-Geschäft Deutschlands.

Man verlange nur das deutsche Frisch-Ei
 Diese Stempel bürgt für Qualität. Zu haben in allen ein- u. f. d. l. g. en Geschäften
 Eier- und Geflügelverwertung
„Nordharz“
 Halberstadt, Am Stuß Nr. 11
 Fernruf 2235

Tapeten, Farben, Lacke,
 Schlemmerde, Giftfrei, Zementin-
 sowie alle Bedarfs-Artikel, Fernruf,
 garantiert rein, 60 Pf. Farben 5 Pf.
 billig bei
Willi Behrens, jetzt Hoheweg 47.

Wernigerode
Öffentliche Mahnung.
 Die bis zum 15. d. Mts. fällig gewordenen Grund-vermögens-, Haussteuern sowie die Steuerreste aus den Vormonaten sind nunmehr innerhalb 3 Tagen an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, zu zahlen, widrigen-falls die Einziehung im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgen wird.
 Wernigerode, den 17. Juni 1931.
 Der Magistrat. (Stadthauptkassa).

Mieterverein für Wernigerode u. Umgebung e. V.
 im Bund deutscher Mietervereine e. V. (Eich Dresden).
 Anlässlich des Monatsabganges des Provinzialverbandes Hannover im Bund Deutscher Mietervereine (Eich Dresden) vom 20. bis 21. Juni 1931 in Wernigerode/Garz, findet eine **öffentliche Mieterversammlung** am 20. Juni 1931, abends 8 Uhr, im Saale des Hotels „Monopol“ (Gewerkschaftshaus), statt.
 Thema: Die Not der Mieter, hervorgerufen durch die anstehende Klagen- und Zwangsversteigerungen und die sich hieraus ergebenden Schäden der Mieter. Referent: Ein Herr des Bundes-Vorstandes. Weiter ergeht in diesen! Sämtliche Parteien und Behörden sind geladen.
 Eintritt frei!
 Der Vorstand.

Lebenstiefen.

Unter diesem Titel hat im Düsseldorf'schen Verlag (Westdeutsche Verlags-Druckerei A. G.) der Arbeiterschriftsteller und Bibliograph Hermann Eißfeld, ein alter treuer Kämpfer, der seit einem Menschenalter im Kampfe für die Freiheit des Volkes ist, nach zahlreichen früheren Veröffentlichungen (Gedichte, Theaterstücke, Essays) ein Buch herausgegeben, welches man geradezu als ein Hausopfer des freien Denkens bezeichnen kann. Es ist kein Buch, welches man eilig durchfliehet, und dann wieder zur Seite legt oder weiterschiebt, sondern ein Werk, welches in die Gedankenwelt des Lesers unferres Lebens einfließen will, was den denkenden Menschen befähigt, was ihm bei der Verspannung aus des Tages Frust durch den Stoff fließt, worüber er in stillen Stunden grübelt, findet hier Gestaltung und Begründung.

Mit philosophischer Ruhe sieht Hermann Eißfeld dem Gesinnung der Menschen zu und läßt jeden nach seiner Fassung selbst werden.

Daß, was den Menschen allezeit bewegt,
Ist ihm schon in die Wiege mitgelegt.
Der eine hat den Frohsinn und Humor —
Der andere wagt sich seinen Schritt hervor —
Dem Dritten drängt es in die Welt hinaus —
Der Vierte bleibt sehr gern im Zaubersaus —
Der Fünfte haßt sich Gesellschaft in die Welt —
Der Sechste bleibt sein ganzes Leben schuft —
Der Siebente weiß niemals, was er will —
Der Achte hält bei aller Prügelei still —
Der Neunte weiß den rechten Weg zu gehen —
Der Zehnte bleibt auf halbem Wege stehen —
Der Elfte grübelt tief in alles ein —
Dem Zwölften ist die Welt nur Traug und Schein.
Und so hat jeder seine Welt zur sich,
Und lebt die seine meiste und glücklichstlich.

So heißt es im Merne. Als Sozialist und Freidenker bringt Hermann Eißfeld dann zum Ausdruck, was er über den Begriff Wahrheit denkt, was die Wahrheit ist und die Wege in ihren Urfreimachen enthalten, was es mit dem persönlichen Ich auf sich hat und wie das Individuum zur Gesellschaft ist, dann stellt er Betrachtungen an über den Lebenslauf, über die Zeit und den Inhalt eines Menschenlebens. Tief in die Naturwissenschaften dringt er ein in seinen Betrachtungen über Urloshunden und Entwicklung. Scharfe biologische Beobachtungen finden in den Kapiteln über Lebensrand und Schlaf und über das Genelle enthalten. In den weiteren Abschnitten seines Wertes gliedert er die Lebensgemeinschaft der Menschen, die Weltanschauung, die Rolle, die das Weib bei den Menschen ausübt. Er analysiert das weiblische die Fragen des Charakteres und der Kraft, die freie Willensfreiheit, und ihre Grenzen. In einem Abschnitt über das Heilwesen führt er als Freidenker natürlich die Erlösung des Menschen ab. Er spricht dann über den Organisationstrieb der Menschheit, behandelt als seiner naturwissenschaftlichen Erkenntnis heraus die Probleme der Kraft, die Lebensgemeinschaft der Erde, die Gellensheorie, die Campinungen der Pflanzen, Schall und Ton, Seelenveränderung und Seelenlumen als Teil der Atomtheorie usw.

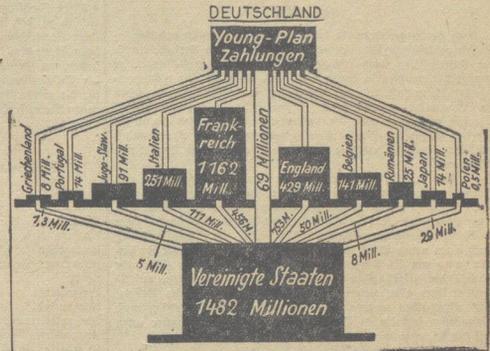
Man soll sich durch die Aufzählung aller dieser Dinge, die im Buche enthalten sind, und von denen der Late befürchten könnte, daß er sie doch nicht verstanden, nicht abschrecken lassen. Das Buch ist durchaus nicht schwer verständlich, denn hier spricht einer aus dem Volke zum Volke und berührt die Fragen, die nicht den zünftigen Wissenschaftler, sondern den simplen Mann wie auch die Frau aus dem Volke interessieren. Vor den Säulen der Wissenschaft hat Hermann Eißfeld nicht die geringste Ehrfurcht. Ja, er fordert sie geradezu zur Aufgabe heraus. Ob sie allerdings in ihrer eingebildeten Unlösbarkeit darauf eingehen, ist freilich eine andere Frage. Vielleicht sind sie der Meinung, daß hier ja doch nur ein Laie spricht, ein simplier Mensch mit gesundem Menschenverstand.

Im so gutem sollen sich die nach Erkenntnis ringenden Profektoren damit befassen. Es sind wirklich Lebenstiefen, die Hermann Eißfeld hier zu engründen sucht. Jedenfalls kann man sich nicht vorstellen, daß es in irgend einem Werke der zünftigen Wis-

Amerika, der Weltgläubiger.

Wie wird sich Amerika verhalten? Diese Frage ist in der Debatte um die Revision des Youngplans um die Befreiung des deutschen Volkes von untragbaren Reparationslasten eine wichtige Rolle. Zufällig sind es vor allem die Vereinigten Staaten, die den Schlüssel zur endgültigen Lösung des gesamten Reparations- und Schuldenproblems in Händen halten, der Frage also, die heute die Welt am meisten beunruhigt. Neben dem Youngplan umspannt bekanntlich ein ganzes Netz politischer Schuldverträge den europäischen Kontinent, Frankreich und im gesamten Umfang Staaten in Erscheinung. Das Gesamtbild stellt sich in seinen wesentlichen Grundzügen etwa folgendermaßen dar: Rumänien, Jugoslawien, Griechenland borgen bei Frankreich; Frankreich leihet, ebenso Italien, Jugoslawien, Griechenland, Portugal und Rumänien bei England; schließlich sind je fast alle — England, Frankreich, Italien, Belgien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland — an die Vereinigten Staaten, dem Hauptgeldgeber und Kriegslieferanten, verschuldet, und zwar mit gewaltigen Summen.

Kann dem Krieg entstand ein internationales System von Abkommen, das diese interalliierten Schulden durch Festlegung der Verzinsung und Tilgungsbedingungen fundierte. Im Zusammenhang mit dem Youngplan ist dann die interalliierte Kriegsschuldverpflichtung für Deutschland von besonderem Interesse geworden, und zwar deshalb, weil Deutschland nunmehr einen Rechtsanspruch darauf hat, seine Reparationsverpflichtungen automatisch herabgesetzt zu sehen, wenn in der interalliierten Kriegsschuldverpflichtung eine Herabsetzung durchgeführt ist. In dem Sommerantragsentwurf zum Youngplan, das diese Wertung zwischen Reparationen und interalliierten Schulden vorzuziehen, wurden diejenigen Anteile der deutschen Reparationslasten aufgeführt, die Jahr für Jahr zur Deckung der sog. „Außenzahlungen“ erforderlich sind. Unter



„Außenzahlungen“ werden die Beträge verstanden, die seitens der reparationsberechtigten Mächte aus den gesamten jährlichen Raten Deutschlands dazu verwendet werden sollen, ihre Verpflichtungen auf Grund der interalliierten Kriegsschuldverpflichtungen abzulösen. Abdiert man die im Youngplan vorgegebenen 59 deutschen Jahresraten unter Wegfall der Reparationen und des Zinsens und Zinseszinseszinses der Darlehen, so ergibt sich eine Summe von 110,74 Milliarden RM. Von dieser Summe werden 84,55 Milliarden RM. — rund 76 Prozent — für die Außenzahlungen der Vereinigten Staaten zu verwenden sein. Die Vereinigten Staaten als Letztgeldgeber aller Außenzahlungen gelten können, fließt auf diese Weise, auf Umwegen natürlich, rund dreierlei der gesamten Youngraten in 59 Jahren den Vereinigten Staaten zu. Mit anderen Worten: das Geld, das auf Grund der interalliierten Schuldverpflichtungen an Zins- und Tilgungszahlungen nach Amerika fließt, kommt letzten Endes aus einer Quelle: aus den deutschen Reparationen. Unter diesem Gesichtspunkte lassen sich Deutschland und Amerika im gewissen Sinne als die beiden Gegenpole eines Systems von Reparationen und Kriegsschulden ansehen, eines Systems, dessen Unhaltbarkeit sich, soweit die deutschen Reparationen in Frage stehen, deutlich genug offenbart.

Es ist ein wenig merkwürdig, daß es, was auf den 13. Seiten seines Buches niedergelegt ist. Jeder Absatz enthält mindestens einen neuen Gedanken, über den man lange nachdenken kann. Besonders für die in der Freidenker-Bewegung tätigen Arbeiter ist hier ein Werk geschrieben, welches die Grundlage freier Menschheitskultur sein kann.

Hermann Eißfelds Lebenstiefen verdienen, daß sie zu einem Hausbuch freigeistiger Menschen werden.

100 000 Mark Schadenersatzforderung wegen eines Justizirrtums.

Der kürzlich im Wiederantragsverfahren wegen erwiesener Unfähigkeit von der Anlage des Betruges freigesprochene Geschäftler Jürgens aus Göttingen hat durch seine Rechtsanwältin Dr. Albersberg-Berlin und Schumann-Götting einen Schadenersatzanspruch von 100 000 Mark gegen den Fiskus geltend gemacht. Jürgens, dem die Anklage normaler, betriebsmäßig Transportfähigen zu erheben, wurde in erster Instanz zu Gefängnis, in zweiter Instanz zu

einer Geldstrafe verurteilt. Die Revision wurde verworfen. Erst im Wiederantragsverfahren wurde festgestellt, daß die Jürgens' vorweggenommenen Handlungen technisch gar nicht möglich waren. Gegen die freisprechende Erkenntnis des Wiederantragsverfahrens hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt, die allerdings später zurückgezogen wurde mit der erlauchtlichen Begründung, der Vertreter der Staatsanwaltschaft habe beim Urteilstermin nichts haben können, weil ihm ein Pressereporter im Weg gefunden habe!

Späte Sühne eines Doppelmordes. Vor dem Schmirgericht in Rudolstadt beginnt am 8. Juli dieses Jahres die Hauptverhandlung gegen die ledige Meta Polshoff aus Göttingen, den Dachdecker Reinhold Werner aus Leipzig und den Maler Arthur Jange aus Göttingen, die am 17. November 1928 in Göttingen das große Elternarmeistaterschicksal Großes in beiden Wohnung auf traten. Beide Weiber ermordet und dann beraubt haben sollen. Die Polshoff und ihr Weibchen Werner sind bekanntlich schon vor längerer Zeit wegen eines in Leipzig verübten Raubmordes vom dortigen Schmirgericht zum Tode verurteilt worden.

Modeshauen mar sie zu Hause. Keine Gesellschaft, die Wert darauf legte, daß man über sie sprach, schrieb und Bilder brachte, für sie eine Einladung zu schicken. Keine Berliner Session ohne Elly Sturm. Zu Krönings kam sie sonst nie, aber Hugo hatte sie zu föhrt gewußt durch die Aussicht auf Gontards Gefährnisse.

Diesen Sonderling, den befehlshabenden Mann der Burgstraße, bei dem sie anschließend eines bezaubernden Interesses Jungs einmal abgefallen war, aus der Nähe zu sehen, inzulassen, auchhührung mit ihm zu haben, war eine größere Seltenheit, als mit dem König von England zu frühlichen. Das durfte man sich nicht entgehen lassen. Und Hugo hoffte seinerseits, daß die Anwesenheit Ellys genügen würde, am nächsten Tage bei allen, die zwischen dem Potsdamer Platz und Neu-Babelsberg Geld und Namen hatten, die Neugierde zu verbreiten, der große Gontard verleihe bei Nachtsamt Krönings — mer ist das? wird man fragen. Was, das wissen Sie nicht? Der neue Sandhals von Gontard! Hat eine ganz große Nummer bei ihm. So? Der Name wird man sich merken müssen. So ungefähr stellte sich Hugo das vor.

Elly Sturm plägte mit ziemlicher Ungeduld in den kleinen, erwartungsvollen Kreis, in dem nur noch die Hausfrau und Gontard saßen.

„Der Star noch nicht eingetrudelt? Und ich hab' schon meinen Boerz im Korridor bereitgestellt. Den Star möchte ich zu gern knipsen. Kein Mensch heißt ein anständiges Bild von ihm.“

„Vielleicht gelingt es dir, ein kleines Gruppenbild zu machen“, sagte Hugo, „so ganz ganglos. Was spricht man den über ihn?“

„Er erfreut sich eines so köstlichen Rufes, daß er schon fast gar kein sein kann. Sie haben alle Angst vor ihm, wie sie bezaubert sind, und möchten ihm am liebsten den Hals brechen. Es kommt ja auch noch zu irgendeiner großen Sache bei der ersten Gelegenheit. Bei der kleinsten Blöße, die er sich gibt, hat er die ganze Meute auf dem Hals.“

„Er wird sich diese Blöße geben, und es wird auch gehen.“

Die Journalistin wiegte den kleinen, frechen Kopf.

„Die andern sind auch nicht von Pappe.“

Seine wurde die Tür vom Göttinger der geöffnet, und Lena trat ein. Sie trug ein weißes Kleid aus Seidenstoff und ein Züli. Das sie gar und hübsch umgab wie eine hellfarbene, schwebende Wolke. Auf der Schulter glitzerte ein trübiger Brillenring in matter Blauheit. Hugo war überausfist. Mit einem Sprung war er dem Star aus ihrem Ersel.

„Eine so schöne Frau läßt du frei herumlaufen, Hugo? Wie

Der Mann mit der Pranke

Roman von Friedrich Zerkendorf

Copyright 1929 by Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H., Leipzig

13. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Was fragst du? Was ist angehe? Das schwarze Crepe Georgette.“

„Ich kaufe mir etwas. Eigentlich kann ich's mit sehr gar nicht leisten, aber ich will hübsch sein.“

„Du bist doch immer hübsch.“

Ein prüfender Blick auf Susis lebhaften, kleinen Lippen mit den wirksamsten gemalten Wimpern und Brauen trug Lena.

„Neben die nicht. Man soll ja etwas nicht fragen, denn wir Frauen sind alle Konturen. Die Männer übrigens auch, sie greifen's doch nicht ein. D. ich weiß sehr genau, daß ich hübsch bin, eine Hübschheit von heute. Vor zwanzig Jahren hätte man über mich „pfui“ geschrien, und in zwanzig Jahren wird man ausruhen „Gott wie atemberaubend“. Du bist die Frau, die gestern schon war und morgen schon sein wird. Wir Frauen fühlen das besser als Männer. Ich muß topfehen und mit den Beinen streampfen, damit ich gefalle, und wenn es eine andere auch tut, habe ich immer noch das Bewußt, ich kann's ebensogut oder besser.“

„Was? Wenn du dich nur hübsch, ich kann's ebensogut oder besser.“

„Dumm, daß ich's auspredige. In mich werden dafür tausend Männer vernarrt sein, die dich gar nicht beachten, aber der eine, wichtige, um den ich mich reihen werde, wird an mir vorübergehen und für einen Augenblick auf die einen Word befragen. Wenn ich ein Mann wäre, ist ich's auch.“

„Was du zumalmerbebe.“

„Ich darf's, weil ich verrückt bin.“

„Ich sehe doch, wenn wir zusammen über die Straße gehen, wie ich alle nach dir umdrehe.“

„Ja, die taunseln, die mich schmeipe find.“

„Sich schig schon wieder in Lieberum.“

„Kannst du nicht, das Offen noch nicht vollständig. Das soll ein Menschen werden, das noch Kindern und Kindeskindern im Magen liegt. Aber auf dem Theatertisch will ich als Wüterker stehen, sonst sag ich's dem erlauchten Galt, wenn ich morgen zu seinen Ehren postfeste, höfentlich frist er nicht mit dem Weiser, das kann ich selbst bei meinem Ideal nicht vertragen.“

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Entgegenwärtig halbjährlich 1 Mark 20 Pfennig, jährlich 2 Mark 40 Pfennig. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungs- und Druckerei, Domplatz 48. Fernruf 2314. Druck: Halberstädter Zeitungs- und Druckerei, Domplatz 48. Fernruf 2314. Druck: Halberstädter Zeitungs- und Druckerei, Domplatz 48. Fernruf 2314.

Anzeigenpreis die achtspaltige Zeile für den Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 10 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Wochensatz für bei Bestellung vorliegende letzte Rate. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf 2314), Postfach 100, Wernigerode 4526 und in der Buchhandlung (Steinwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 140

Freitag, den 19. Juni 1931

6. Jahrgang

Trübe Aussichten.

Reichsarbeitsminister Stegerwald vor seinen Proletariern.

Der Reichsarbeitsminister hielt am Donnerstag auf einer Tagung der Berliner Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über den

Kampf um die Notverordnung.

Das deutsche Volk stehe — so führte Stegerwald aus — gegenwärtig vor folgender Wahl: Sollte jetzt die Regierung ihm für einige Jahre harte Opfer auferlegen, dafür aber die Grundlagen des demokratischen Staates über die große deutsche Krisis hinwegreden, oder aber solle der Staat einer Rechtsdiskussion überantwortet werden, die dem Volk noch höhere Opfer auferlege, um mit den fragwürdigen Experimenten für Jahrzehnte Volk und Staat wieder in dieselbe Gefahr zu bringen, die durch den Weltkrieg von 1914 geschaffen worden ist?

Was für die wahre Lage. Alles andere ist Bierpfeffertum. Man könne gegenwärtig den sozialsten Menschen der Welt zum Reichsarbeitsminister machen, aber auch er könne auf dem Schutthaufen von 1931 ebensowenig eine geordnete und befriedigende Sozialpolitik machen, wie man auf einem Wasserhaufen ein kunstfertiges Ballett aufzuführen könne.

In den nächsten Monaten und im nächsten Winter stehe die Arbeiterfrage vor der Frage: Soll die Arbeitslosenversicherung beibehalten oder soll sie wieder in einer Erwerbslosenversicherung umgewandelt werden? Eine Reihe von Beschäftigten lassen sich nicht in die Form einer Arbeitslosenversicherung pressen. Gegenüber dieser Tatsache siehe man vor

drei Möglichkeiten:

Entweder würden die für die Arbeitslosenversicherung ungeeigneten Beschäftigten in der Arbeitslosenversicherung anders behandelt wie die übrigen Berufs- und Gewerbe, oder sie müßten aus der eigentlichen Arbeitslosenversicherung ausfallen oder man befähigte die Arbeitslosenversicherung allgemein und führe für alle beschäftigten Arbeiter die Erwerbslosenfürsorge, praktisch die vererbete Armenpflege, ein. Das sei die klare Sachlage. Und wer diese Dinge im Gehalt der großen Krise eines Jahrhunderts nicht sehen, betriebe Illusionspolitik.

Die Sache mit der Volkspartei.

Große Worte und nichts dahinter.

Der Parteivorstand und die Bezirksvereinigungen der Deutschen Volkspartei, die am Donnerstag in Berlin zu einer Besprechung der politisch-parlamentarischen Lage zusammengetreten waren, nahmen eine Entschliefung an, in der es heißt, daß „der Kampf weiter geht“. Im Ziel wäre und hätte die Partei „wichtig einzig“. Dieses Ziel sei „in den bindenden Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichstanzler ungewidmet vorgezeichnet. Und diese Abmachungen müßten in kürzester Frist durchgeführt werden.“

Welcher Art diese Abmachungen sind, dürften die Herren der Volkspartei selbst nicht wissen. Ihre Entschliefung ist so im wesentlichen als ein Mandat gegenüber ihrer von Tag zu Tag mehr zusammenschumpfenden Wählerschaft zu betrachten.

Brüning demissioniert.

In den letzten Tagen ist in der Presse immer wieder besprochen worden, daß der Reichstanzler dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey in einer Unterredung u. a. eine Förderung des Schlichtungswesens in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber wird der „Soz. Pressebericht“ auf Anfrage in der Reichstanzler von zuständigen Seiten ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt, daß eine derartige Zulage nicht gemacht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Oder ist dieses die Konzeption?

Am Sonntabend hält die Reichsregierung eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Thema: Personalveränderungen verzeichnet steht.

Was ist los? Noch hält sich die Regierung über ihre Pläne in Schweigen. Aber sicher ist, daß man mit den Veränderungen an Finanzministerien beginnen will. Zunächst soll, wie wir zuverlässig erfahren, Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzministerium zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Steuerabteilung des Ministeriums Dr. Jarden genannt. Schiffer soll mit einer Sondermission betraut werden. Von Dr. Jarden, der der Deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schmeinkaufers gilt, weiß man, daß er seit langem auf einen härteren Reduktionskurs in der Finanzpolitik sinnt. Auf ihn geht die Forderung der Lohnsteuererleichterungen und die diesmal besonders unsozial gestattete Kürzung der Beamtengehälter zurück. Man sagt ihm auch nach, daß seine guten Beziehungen zur Großindustrie ihm immer wieder die Ermüdung nahelegen, ob es nicht möglich sei, die noch vorhandene steuerliche Belastung der Großindustrie durch den Erlaß von Steuern weitgehend zu mildern.

Darf man fragen, ob diese Personalveränderung etwa als Anfang der von der Volkspartei geforderten Umwidmung des Kabinetts zu betrachten ist.

Zur Finanzlage.

Stegerwald teilte dann mit, daß der Defizitbetrag von rund 1 Milliarde während der Krise der letzten Lage die Kündigung von Krediten an die private Wirtschaft in Höhe von etwa 2,5 bis 3 Milliarden zur Folge gehabt habe. Das bedeute zwar keine Währungsgefährdung, aber eine Kreditverknappung großen Stils und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit. Schon seit März habe festgestellt, daß das Reich für Juni einen

knappschüssigen Kredit von 250 Millionen Mark benötigte würde. Dieser Kreditstamm sei am Donnerstag den 11. Juni, zwischen dem Reichsfinanzministerium, der Reichsbank und Privatbanken abgeschlossen worden. Wenige Stunden danach aber habe die Deutsche Volkspartei die Einberufung des Reichstages befohlen. Dieser Beschluß habe bewirkt, daß allein am nächsten Tage über 200 Millionen Mark Devisen abgezogen worden seien. Daraufhin hätten die Banken erklärt, daß sie nicht mehr imstande seien, die Vereinbarung vom vorausgegangenen Abend einzuhalten, weil sie selbst nicht mehr den in Aussicht gestellten Betrag aufzubringen vermöchten.

Nach der eingetretenen Verwicklung ist der anfänglich ausgetragene, inzwischen aber von den Banken ausgesetzte Kredit am Donnerstag endgültig aufgelöst worden.

Am 14. Juni wird dazu mitgeteilt: „Die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredites von 250 Millionen Reichsmark an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Eingänge sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredites erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schanzenanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 veräußert werden können. Für die Zinsverbindung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.“

Fortsetzung von Chequers.

Macdonald und Henderson kommen in drei Wochen nach Berlin.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der engl. Außenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin endgültig angenommen.



Die englische Regierung hat sich für die Aufnahme von Chequers in den Kabinett entschieden. Chequers wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden. Henderson wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden. Henderson wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden.

Die englische Regierung hat sich für die Aufnahme von Chequers in den Kabinett entschieden. Chequers wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden. Henderson wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden. Henderson wird als Minister für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ernannt werden.

„Der Volk“ fordert die holländische Regierung auf, das verabschiedete Gesetz deutscher Kriegsschiffe auf niederländischen Boden sofort und für immer unmöglich zu machen.

Krise überall.

Wie in Deutschland so in Oesterreich.

Wien, 18. Juni. (Eig. Draht.) Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit kleinem vergleichen kann, ebenso traurig und ausweglos wie im Deutschen Reich. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rad der Bürgerkriege führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trübsalhaft. Der Versuch, die Kreditanfrage zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreichischen Staates. Die Kreditanfrage hätte ihr ganzes Eigenkapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr erlegt und darüber hinaus noch mehrere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Runder der Bank nach dem Erfolg ihres Verlustes beruhigen und ihre Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Anstatt ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu bannende Beunruhigung eingetreten, die inzwischen zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die infolgedessen ihrer Notenumlauf ganz bedeutend steuern mußte. Man nimmt an, daß die Nationalbank der Kreditanstalt bereits 600 Millionen Schilling in den Rücken gesteuert hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht abzusehen. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Schmelzwerke zu maden begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt finanzielle Haftung während kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Währungsnotstand abgemildert würde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Wenigstens haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt geäußert, daß sie ihre Einlagen sofort freigeben werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Zollunion für immer verzichte. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollar ausländische Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerforum, die Einlagen bei der Kreditanstalt 2 Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht mehr zuzusehen, daß diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nur als Formalmittel betrachten. So entzieht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt Zusatzgarantien bereits an eine Milliarde Schilling übernommen. Das heißt keine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Verhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Rentier ausgetrieben hat. Das Ministerium der Sanfierung hat bereits auf andere Banken übergreifen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländische Wälosten umzuwandeln. Der Dienstplan der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schilling über die Regierung emittiert, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernehmen und sofort eingesetzt haben. Die anfängliche Entschliefung ist jedoch nicht auszuhalten. Am Mittwoch und Donnerstag war der Abdruck insbesondere bei den Sparkassen sehr heftig. Die Schwierigkeiten werden erhöht durch die Abgabe im Bundeshaushalt bereits jetzt auf 250 Millionen Schilling gestiegen.

Alle diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich in den letzten Tagen als so katastrophal erwiesen, daß die Regierung gezwungen war, zurückzutreten. Die Garantien, die der Finanzminister gegenüber dem ausländischen Gläubigerforum übernommen hatte, beanstandete zunächst der inländische Innenminister mit dem Rücktritt. Da aus dem Kabinett in der Zwischenzeit bereits 3 Minister ausgetreten waren, ohne daß für ihr Ersatz gesorgt worden wäre und das Kabinett im Nationalrat auf seine Majorität nicht rechnen konnte, hat es demissioniert. Nun hat sich eine bedeutende politische Wendung vollzogen. Der bisherige Bundeskanzler Ender, der ohne Zweifel auf allen Seiten ein gemittes Vertrauen genießt, hat sich bereit erklärt, ein neues Kabinett zu bilden, stellt aber die Bedingung, daß seiner zweiten Regierungsbildung auf die finanziellen Notwendigkeiten außerordentliche Vollmachten gegeben werden.

Ein Notverordnungsrecht, wie es die deutsche Verfassung vorsieht, kennt Oesterreich nicht. Deshalb soll die Finanzdiskussion der Regierung durch ein verfassungsänderndes Gesetz erlangt werden. Diese Vollmacht kann ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zustandekommen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß eine Form gefunden werden könnte, die den Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Notverordnungsrecht ermöglichen würde. Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß sich Ender, der offensichtlich nach Norwegen zurückkehren möchte, in den aber ein sehr harter Druck ausgeübt wird, damit er die Bundeskanzlerschaft behauptet, mit der von ihm gestellten Bedingung einen halbwegs guten Abgang verhoffen will. Unter diesen Umständen ist mit einer längeren Dauer der Krise zu rechnen, jedoch die wirtschaftliche Unruhe und die Notlagen aller derjenigen, die noch über eine Einlage verfügen, sich ins Maßlose steigern wird. So unlosbar ist die politische Krise, die ihre Ursache in dem ökonomischen Stand hat, auch scheint und ist, dennoch muß sie bald behoben werden.